V-54 (D-05)

Seenotrettung: Schiffe schicken, Häfen öffnen, Menschen retten

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in:	Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Das Mittelmeer ist ein Grab für tausende, schutzsuchende Menschen. Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, MSF, SOS Mediterranée, Proactiva Open Arms, Jugend Rettet, Sea-Eye, Resqship oder Mission Lifeline versuchen dieses Vakuum, das durch den Mangel an staatlicher Seenotrettung entstanden ist, zu füllen. Unter hohem ehrenamtlichen Einsatz und Risiko konnten viele Menschen gerettet werden. Dieser Einsatz gegen das Sterben auf dem Meer verdient Respekt, Anerkennung und unsere volle Solidarität. Doch statt Anerkennung und Unterstützung, wird stetig weiter an der Verhinderung von Flucht und humanitärer Hilfe gearbeitet. Die Debatte um Migration und Flucht gerät immer weiter aus den Fugen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Anstand. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Wir stehen an der Seenotretter*innen und solidarisieren uns mit Menschen auf der Flucht.

Eine europäische Seenotrettung gegen das Massensterben ist in weiter Ferne. Trotz der Wahlkampfbekundungen, dass CDU und CSU sich für eine Europäische Seenotrettungsmission einsetzen würden, stimmten sie - wie auch Rechtskonservative und Rechtsradikale - gegen eine Haushaltslinie für die Seenotrettung und gegen eine Resolution, die sich für staatliche Seenotrettung, Entkriminalisierung von NGOs und Transparenz über Seenotrettungsfälle aussprach. Die Einigung von Malta, in der sich Italien, Malta, Frankreich und Deutschland auf eine schnelle Verteilung von Geflüchteten einigten, war offenbar nur eine Pressekonferenz und keine Lösung.

Denn statt einer Verbesserung der Situation im zentralen Mittelmeer und die Chance, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen, hat sich die Situation weiter verschlechtert, wie die letzten Tage und Wochen gezeigt haben: Noch immer müssen aus Seenot Gerettete tage-
und wochenlang auf einen sicheren Hafen warten. Die Einigung vom 23. September hat sich in Luft aufgelöst.

- libysche Milizen bedrohen weiterhin Europäische Rettungsschiffe, wie zuletzt die “Alan Kurdi”, deren Rettungsoperation durch Warnschüsse gefährdet wurde
- Horst Seehofer hat in der Asylpolitik leider weiter einmal zu oft 180-Grad-Wendungen hingelegt. Zuletzt forderte er kurz nach dem Angriff auf zivile Seenotrettung einen Verhaltenskodex für Hilfsorganisationen statt einen Kodex für die gewalttätigen Milizen
- Horst Seehofer tritt nun wieder für Grenzverfahren an den Außengrenzen ein statt für eine schnelle Verteilung von Asylsuchenden, wie im Malta-Deal. Damit nimmt er in Kauf, dass unmenschliche Situationen an den Außengrenzen und Hafenschließungen durch

Küstenstaaten verstetigt werden. Die konstruktive Rolle, die Deutschland in den letzten Monaten eingenommen hat, schwindet damit dahin.

- In den letzten Wochen wurde offensichtlich, dass der EU-Mitgliedsstaat Malta gezielt libysche Milizen informiert, um Menschen aus der eigenen Seenotrettungszone nach Libyen verschleppen zu lassen. Das verstößt offensichtlich gegen internationales Recht und europäische Werte.

Deswegen setzen wir als Bündnis 90/Die Grünen uns dafür ein, dass:

1. … der Mangel an staatlicher Seenotrettung durch alle politischen Ebenen gefüllt wird.
   Wenn es keine Europäische Seenotrettung gibt, wenn die deutsche Bundesregierung keine Seenotrettungsschiffe schickt, dann müssen eben die Bundesländer Schiffe schicken. Es ist eine Frage des politischen Willens: Wer Menschen in Not helfen will, sollte das auch auf dem Mittelmeer tun. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wenn tausende Menschen jedes Jahr sterben. Es ist an der Zeit, nicht nur die Hilfsorganisationen ideell unterstützen, sondern selbst aktiv zu werden. **Deswegen fordern wir, dass Bundesländer Seenotrettungsschiffe ins Mittelmeer schicken oder Seenotrettungsorganisationen unterstützen.**

2. … die Bundesregierung und die Europäischen Institutionen sich für eine aufgeklärte Politik einsetzen, damit aus Seenot Gerettete und Hilfsorganisationen dabei unterstützt werden, **schnellstmöglich in einen sicheren Hafen einfahren zu können und von dort aus zu operieren zu können**. Das Scheitern einer gemeinsamen Europäischen Asylpolitik und die Handlungsunfähigkeit von Staats- und Regierungschefs darf nicht länger auf dem Rücken der Schwächsten und der humanitären Hilfe ausgetragen werden.
   Statt den Hilfsorganisationen durch einen "Verhaltenskodex" zusätzliche Steine in den Weg zu legen, sollte man eher über einen Kodex für libysche Küstenwache reden. Informationen über Seenotrettungsfälle müssen öffentlich zugänglich gemacht werden, insbesondere die Schiffe im Umfeld sollte im Sinne des internationalen Rechts schnellstmöglich Informationen über Seenotrettungsfälle bekommen, um Rettungsaktionen einleiten zu können. Auch Frontex darf nicht länger dazu beitragen, dass Rettungen verzögert werden.

3. … **eine schnelle Verteilung der Menschen, die an den europäischen Außengrenzen ankommen und Asyl beantragen wollen, sichergestellt wird**. Nur durch eine schnelle Verteilung

kann die Verantwortung für die Asylverfahren gerechter verteilt werden und unwürdige Situationen wie auf den griechischen Inseln vermieden werden. Dabei muss die Rechtsstaatlichkeit im Vordergrund stehen. Externalisierung von Lagern, Pre-Screenings, Hotspots oder geschlossene Lager an den Außengrenzen oder Auffang- und Transitzentren jenseits der Außengrenzen lehnen wir ab**. Außerdem müssen die Spielräume zur Aufnahme von Geflüchteten in aufnahmebereiten Regionen, Bundesländern und Kommunen genutzt und erweitert werden**, so lange es keinen funktionierenden Verteilmechanismus für Geflüchtete in Europa gibt. Insbesondere die politisch motivierte Weigerung des Bundesinnenministeriums die Länder-Aufnahmemöglichkeiten zum Beispiel im Rahmen des §23(1) Aufenthaltsgesetz zu nutzen, greift unzulässig in den gesetzlichen Spielraum der Bundesländer ein.

4. … **sichere und legale Fluchtwege geschaffen werden**. Wir fordern die Ausweitung den Ressettlement und Relocationprogrammen, aber auch Landesaufnahmeprogramme. Die Möglichkeit der Kommunen und Bundesländer, eigenständig Hilfe zu leisten und Menschen aufzunehmen sollten deutlich verbessert werden. Die Drangsalierung des Familiennachzugs durch die Regierung ist ein Skandal, der schnell beendet werden muss. Doch auch auf dem Festland müssen wir endlich die politischen Möglichkeiten nutzen, um Menschenrechte zu verteidigen. Wer systematisch Menschenrechte verletzt, muss die Folgen zu spüren bekommen. So lange Europäische Staaten wie Kroatien an ihren Außengrenzen Menschen und ihre Menschenrechte buchstäblich mit Füßen treten, können sie kein Teil des Schengen-Systems sein.

5. … **die Finanzierung und Ausbildung libyscher Milizen beendet wird**, so lange ihre Schiffe sich nicht an internationales Recht halten und Menschen in den Ort zurückbringen, aus dem sie grad fliehen mussten. Im Gegensatz zu Hilfsorganisationen sind die EU-geförderten libyschen Milizen weder gute Seenotretter, noch sind sie für die Seenotrettung ausgerüstet. Trotz dreistelliger Millionenförderung gibt es an Bord der Milizen nicht einmal Schwimmwesten für die Rettung. Außerdem fordern wir die Suspendierung der Zahlungen an die libysche Regierung, so lange dort nicht entschieden

gegen Gefangenenlager, willkürliche Erschießungen, Vergewaltigungen und Sklaverei
vorgegangen wird. Denn auch diese Zustände treiben Menschen auf die lebensgefährliche
Flucht nach Europa.

Begründung der Dringlichkeit

Nach der Frist für eigenständige Anträge gab es verschiedene Ereignisse, die die Behandlung des Antrags auf dieser BDK notwendig machen:
1. Ist die Malta-Einigung vom 23. September gescheitert, bevor sie in Kraft war. Noch immer müssen Rettungsschiffe ewig auf sichere Häfen warten und Schiffe dürfen nicht
2. Mitte Oktober wurde dokumentiert, dass Malta Pushbacks aus der eigenen Seenotrettungszone nach Libyen organisiert.
3. Ende Oktober wurde das Schiff Alan Kurdi von libyschen Milizen bei einer Rettungsaktion bedroht, es wurden Warnschüsse abgegeben
4. Horst Seehofer hat nach der Antragsfrist wieder eine Wendung hingelegt und setzt sich nun für geschlossene Lager an den Außengrenzen und einen Verhaltenskodex für Seenotrettungs-NGOs ein, obwohl Fehlverhalten bei EU-Mitgliedsstaaten und libyschen Milizen tagtäglich ist, während die NGOs gesetzeskonform Menschenleben retten.

Diese Punkte machen eine schnelle Reaktion nötig.

weitere Antragsteller*innen

Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Gorden Isler (KV Hamburg-Eimsbüttel); Patrick Schiffer (KV Düsseldorf); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Alexandra Geese (KV Bonn); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Henrike Hahn (KV München); Sascha Schießl (Hannover RV); Fabian Wagner (KV Mainz); Benita v. Brackel-Schmidt (KV Flensburg); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Yvonne Marchewitz (Hannover RV); Michael Bloss (KV Stuttgart); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 20 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.